

GEW Sachsen-Anhalt fordert Pakt für Bildung in Sachsen-Anhalt

Sachsen-Anhalt startet am 16. Juli in die Sommerferien. An den Schulen des Landes geht ein ungewöhnliches Schuljahr zu Ende. Lehrkräfte, pädagogische Mitarbeiter*innen, Schulleitungen und Schulsozialarbeiter*innen haben sich ihren Urlaub verdient. Ein Lockdown, geschlossene Schulen und Kitas, Homeschooling, all das brachte dem pädagogischen Personal, aber auch für Eltern und Schüler*innen neue Erfahrungen und zeigte gleichzeitig die Grenzen und Mängel des derzeitigen Systems auf.

Es ist Zeit für eine Bilanz und – da das neue Schuljahr im Regelbetrieb starten soll - für die Planung. Dazu gehört zum Ersten die Vorsorge, wie mit einer zweiten Corona-Welle umzugehen ist und zum Zweiten die Auseinandersetzung mit Fehlentwicklungen im Schulsystem, die in den vergangenen Monaten stärker als je zu Tage traten.

1. Keine zusätzliche Arbeit von Lehrkräften in den Ferien

Die unterrichtsfreie Zeit ist für Lehrkräfte keine arbeitsfreie Zeit. Sie planen ihren Unterricht und das neue Schuljahr, bilden sich fort, bereiten nach. Darüber hinaus pflegen sie den Kontakt zu den Eltern und außerschulischen Einrichtungen. Lehrkräfte dürfen nur in den Ferien Urlaub machen. In der Schulzeit arbeiten sie regelmäßig mehr als 40 Stunden pro Wochen, so dass auch ein Arbeitszeitausgleich notwendig ist. Jeder weitere Einsatz wäre zusätzliche Arbeit. Das lehnt die GEW ab.

2. Fachkräftesicherung

Sachsen-Anhalts Schulen brauchen mehr Personal. Neben dem ohnehin schon vorhandenen Lehrkräftemangel hat die Zeit der Pandemie weitere Schwächen offenbart. So waren Beschäftigten, die Risiko-Gruppen angehören, nicht uneingeschränkt einsetzbar. Weiterhin wurde klar, dass kleinere Gruppengrößen für bessere Lernbedingungen und zum Schutz vor Neuinfektionen wichtig sind. Insofern sind alle Mittel auszuschöpfen, Einstellungen von Lehrkräften und pädagogischen Mitarbeiter*innen vorzunehmen. Weiterhin brauchen Schulen flächendeckend Schulverwaltungsassistent*innen und Vertretungslehrkräfte.

Neben dem aus Sicht der GEW untauglichen Mittel der Zusatzstunden sind Arbeitszeitkonten einzurichten, um die Unterrichtsversorgung zu verbessern. Die GEW warnt vor falschen Hoffnungen, durch Anwerbung von Lehrkräften aus dem Ausland, die Situation zu verbessern. Mittelfristig ist die Zahl der Lehramtsstudierenden an beiden Universitäten deutlich zu erhöhen.

3. Digitale Ausstattung

Die Mittel des Digitalpakts sind ohne bürokratische Hürden zur Verfügung zu stellen.

Der Ausbau der Netze hat vorwiegend die Schulen zu berücksichtigen. Gleichzeitig ist sicherzustellen, dass ausreichend IT-Fachleute die Servicebetreuung übernehmen. Eine pädagogisch fundierte, datenschutzkonforme Lernplattform für alle Schulen (u.a. moodle) ist dauerhaft aus Landesmitteln zu finanzieren. Fortbildung zum digitalen Unterricht sollen entsprechend den Bedürfnissen der Lehrkräfte bzw. der Schulen angeboten werden.

Alle Schüler*innen müssen bei Bedarf leihweise den Zugang zu digitalen Endgeräten haben. Für die GEW ist das eine Frage der Chancengleichheit. Keine Schüler*in darf zurückgelassen werden, weil die



Eltern nicht für die entsprechende Ausstattung sorgen können.

Zukünftig soll keine Lehrkraft genötigt sein, mit ihrem eigenen Endgerät zu arbeiten. Sowohl für den Präsenzunterricht als auch für die Ausnahmesituation des Homeschoolings muss die notwendige digitale Ausstattung zur Verfügung stehen.

4. Zeit für Pädagogik ermöglichen

Schulen muss Zeit eingeräumt werden, sich mit den Erfahrungen der vergangenen Monate auseinanderzusetzen und konzeptionell zu arbeiten. Es geht darum, auf den Wiederholungsfall eines Lockdowns vorbereitet zu sein und dann alle Schüler*innen zu erreichen und keine und keinen zurückzulassen. Bildung für alle, das ist Aufgabe von Schule. Unter Umständen sind solche Konzepte auch dafür geeignet, Unterrichtsausfall zu verhindern.

Digitales Lernen, die Nutzung neuer Kommunikationswege, die Durchführung von Hybridunterricht, die Fortbildung zum Umgang mit Lernplattformen oder Videoformaten u.a. darf zu keiner Mehrbelastung der Beschäftigten führen. Insofern sind Anrechnungsstunden auszureichen, weil für die Entwicklung von Konzepten Zeit benötigt wird.

Auch das kommende Schuljahr wird die Schulen wieder vor Herausforderungen stellen, die nur mit motiviertem Personal zu machen sind. Alle geplanten Arbeitszeitverlängerungen (u. a. die Streichung der Altersermäßigung) sind zurückzunehmen.

Gemeinsam mit Personalräten müssen Maßstäbe bei der Bewertung der Arbeitsleistung im Homeschooling erarbeitet werden.

5. Hygienischen Voraussetzungen an Schulen konsequent weiterverfolgen

Nach der derzeit gültigen Eindämmungsverordnung sind ab dem neuen Schuljahr an Schulen alle hygienischen Standards außer Kraft gesetzt. Umso mehr benötigt Schule Unterstützungssysteme, damit eine schnelle vor-Ort-Beratung möglich ist. Dazu gehören die Unfallkasse, die Gesundheitsämter der Landkreise und Medical Airport Service. Die Umsetzung der notwendigen Aufgaben vor Ort kann nicht allein den Schulleitungen aufgebürdet werden.

Die GEW fordert mindestens:

- Aktualisierung der Gefährdungsbeurteilungen und die Ableitung von Maßnahmen
- Ausstattung der Schulen mit Desinfektionsmitteln und Mund-Nase-Abdeckungen
- Regelmäßige Tests von Schüler*innen und pädagogischem Personal auf das Corona-Virus
- Eine tägliche Reinigung der Schulgebäude, im Bedarfsfalle auch mehrfach
- geplante Baumaßnahmen der Schulträger beschleunigen und zusätzliche Räumlichkeiten zur Verfügung stellen
- Einen Einsatz der „Risiko-Gruppen“, der eine Gefährdung ausschließt
- Die Gewährleistung der Mitbestimmung der Personalräte auf allen Ebenen.

Die GEW ist gern bereit, ihre Forderungen zu erläutern und sich an der Erarbeitung von Konzepten zu beteiligen. Die Interessen der Beschäftigten an Schulen müssen jedoch genauso berücksichtigt werden, wie die Wahrung der Chancengleichheit unserer Schüler*innen und die Interessen der Eltern. Bildung darf nicht an der Finanzierung ihrer Voraussetzungen scheitern. Insofern ist die Landesregierung aufgefordert, die Bildungsgewerkschaft bzw. die Interessenvertretungen der Beschäftigten an Schulen stärker in Entscheidungsfindungen einzubeziehen.

Zur Umsetzung unserer Forderungen fordert die GEW die Landesregierung auf, mit ihr zeitnah einen umfassenden Pakt für Bildung im Land zu diskutieren.

